

Für Laibach

Wanzjährig . . . . .	6 fl. — fr.
Halbjährig . . . . .	3 — „
Vierteljährig . . . . .	1 „ 50
Monatlich . . . . .	— „ 50

Mit der Post:

Wanzjährig . . . . .	9 fl. — fr.
Halbjährig . . . . .	4 „ 50
Vierteljährig . . . . .	2 „ 25

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

# Tagblatt.

Expedition und Inseraten Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmadr & S. Wambach).

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr bei zweimaliger Einschaltung à 6 kr, dreimal à 7 kr.

Inserationsheftel jedesmal 30 kr

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht veröffentlicht; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 163.

Mittwoch, 21. Juli. — Morgen: Maria Magdalena.

1869.

## Die Begnadigung des Bischofs Rudiger.

Die „N. Fr. Pr.“ bringt über die Haltung des Bischofs Rudiger gegenüber dem Verdikt der Geschworenen und dem allerhöchsten Gnadenakt folgende von Linz datirte Korrespondenz:

Unmittelbar nach Publizirung des Urtheils wurde das Resultat der Schwurgerichts-Verhandlung auf telegrafischem Wege dem Kardinal Rauscher bekannt gegeben, daher es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Begnadigung auf Intervention des Kardinals erfolgte. Zugleich hat der Bischof am folgenden Tage einen Protest an Sr. Majestät abgedendet, welcher aber erst in die Hände Sr. Majestät gelangt sein konnte, als die allerhöchste Entschliebung bereits erfolgt war.

Daß anfangs beabsichtigt war, die nicht ange suchte Begnadigung abzulehnen, ist außer Zweifel. Eine hochgestellte geistliche Persönlichkeit, welcher man aus Anlaß der erfolgten Begnadigung gratulirte, soll sich geäußert haben: es sei kein Grund zu einer Gratulation vorhanden, und es wäre sehr zu bedauern, wenn der Hochwürdigste von dieser Gnade Gebrauch machen wollte, da ein „Unschuldiger seiner Gnade bedürfe und die Annahme gewissermaßen ein Schulbekenntniß in sich fassen würde.“ Auch über die Absicht des Dr. v. Rißling, ein Gnadengesuch bei der Gemeindevorsteherung von Linz zur Unterfertigung auflegen zu lassen, war der Bischof sehr ungehalten, weil er sich nie und nimmer als schuldig betrachten, daher nicht gestatten könne, daß ohne seinen Willen ein die ganze Gerichts-Verhandlung als kompetent und gültig anerkennendes Gnadengesuch abgedendet werde.

Außerdem hat der Bischof, nachdem ihm die a. h. Entschliebung bekannt gegeben worden war, eine Wichtigkeitsbeschwerde bei dem Landesgerichte überreicht, in welcher im Allgemeinen die Competenz

des Gerichtes bestritten und speciell besonders der Umstand als ein Formfehler geltend gemacht wird, daß den Geschworenen nur derart stilisirte Fragen vorgelegt worden seien, welche sie nothwendigerweise nicht anders als mit „Ja“ beantworten konnten.

Ein anderer Correspondent schreibt aus Linz vom selben Datum: Alle Emanationen des Bischofs Rudiger liefern den Beweis, daß der hohe Kirchenfürst über die Stimmung seiner Diöcesanen sich in großem Irrthum befand. Nicht nur in seinem Leibjournal, dem „Volksblatt“, sondern auch in allen seinen Hirtenbriefen und Kanzelreden wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es nur ein kleines Häuflein Verirrter, insbesondere die „Judenpresse“ sei, welche gegen seine gerechte Sache ankämpfen. Der weitaus größte Theil der Bevölkerung, das „eigentliche Volk“, sei hierüber entrüstet und stehe ganz auf seiner Seite. In dieser Ueberzeugung konnte der Herr Bischof von den Geschworenen, die doch, mit Ausnahme eines einzigen Protestanten, seiner Heerde angehörten, begreiflicher Weise nur ein „Nichtschuldig“ erwarten. Daß er sich in dieser Erwartung getäuscht, hat ihm mehr Schmerz verursacht, als der ganze Konflikt mit den Gerichten.

In dieser Stimmung hat er denn auch schon den 13. d. M., also am Tage nach der Verurtheilung, eine (von Dr. Welsch verfaßte) Wichtigkeitsbeschwerde gegen den Urtheilspruch des „in seiner Angelegenheit nicht kompetenten Gerichtes“ eingereicht.

Am 14. d., gegen 11 Uhr Vormittags, erhielt der Bischof offiziell Kenntniß von dem allerhöchsten Gnadenakte, und an diesem Tage war er fest entschlossen, diese Gnade zurückzuweisen, da er, „der widerrechtlich Verurtheilte“, dieselbe konsequenter Weise nicht annehmen könne. Die Erwägung jedoch, daß die Zurückweisung des allerhöchsten Gnadenaktes die persönlichen Beziehungen des Bischofs zu Sr. Majestät dem Kaiser alteriren könnte, und mehr

noch die Furcht, durch die fortgesetzte Remittenz die Pfründe, welche allerdings ein respectables Einkommen von nahezu 50.000 Gulden jährlich einbringt, zu verlieren, haben den starren Sinn des Bischofs gebeugt. „Er nimmt,“ wie das „Tagblatt“ meldet, „die Gnade des Kaisers mit Dank“ an, ohne jedoch seine Anschauung über die Gesezwidrigkeit des gerichtlichen Vorganges zu ändern.“

Was den Eindruck betrifft, den die Begnadigung auf die Bevölkerung der Stadt Linz machte, wird versichert, daß man allgemein erwartete, der Kaiser werde in diesem Falle Gnade für Recht ergehen lassen; überrascht hat nur, daß dieser Akt so schnell erfolgte. Der Zufall wollte, daß gleichzeitig mit der Begnadigung des Bischofs auch die Nachricht bekannt wurde, daß die römische Kurie in Wien energische Einsprache gegen die Verurtheilung des Kirchenfürsten erhob, wodurch die Ansicht verbreitet wurde, daß der Bischof seine unverzügliche Rehabilitation dem Drucke zu verdanken habe, welchen Rom auf die Wiener Regierung ausgeübt.

Das „Volksblatt“ bringt in der gestrigen Nummer über die Begnadigung einen aus dem „Volksfreund“ beinahe wörtlich abgeschrieben Artikel, worin ganz unumwunden herausgesagt wird: Der Kaiser habe durch diese höchst eigenartige Entschliebung der gegenwärtigen Regierung ein eklatantes Mißtrauensvotum gegeben. Was die Minister verbrochen, habe der Kaiser wieder gutgemacht.

## Das Defizit.

Herr Dr. Bresiel wurde vom Budgetausschusse der reichsräthlichen Delegation eingeladen, um Aufschlüsse über die Finanzlage der diesseitigen Länder zu geben. Der Finanzminister erschien vorgestern in der Sitzung des Ausschusses, zeichnete in großen Umrissen die Finanzgebarung von 1869 und gab ein beikläufiges Bild über die Lage der Finanzen im

## Fenilleton.

### Von der Grenze Montenegros.

(Eine ethnographische Studie.)  
(Schluß.)

Eine auffallende Erscheinung ist es, daß der slavische Dalmatiner wenig mit seinem zweiten Nachbar, dem Bewohner Montenegros sympathisirt, wie es naturgemäß in Folge der gemeinsamen Abstammung von einem slavischen Stamme zu erwarten stünde, und findet dies muthmaßlich seine Begründung in der isolirten Lage der schwarzen Berge, in der in sich abgeschlossenen Lebensweise ihrer Bewohner, namentlich aber in einem gewissen Stolz, der diesem eigenthümlichen Volke eigen. Einem erfahrenen Ethnographen dürfte es nicht auffallend erscheinen, daß eine staatliche Existenz unter solchen Abschließungen von den übrigen Ländern denkbar sei, und wir finden Fälle, wo derlei selbständige Enklaven, von weit minderen Terrainverhältnissen begünstigt, sich durch Jahrhunderte auf ihrer Höhe zu erhalten wußten. Ich sage von

Terrainverhältnissen begünstigt, denn diese sind es zumeist, welche eine Abschließung gegen Außen protegiren und das Land durch natürliche Barrikaden gegen die Uebergriffe räuberischer Nachbarn sichern. Daß sich in dieser Hinsicht das Gebirgsland als das allergünstigste repräsentirt, ist einleuchtend. Das Fürstenthum Montenegro birgt ein lüchtiges nationales Element, das zwar nicht bar aller Grauen erregenden Roheiten eines tiefen Kulturzustandes ist, jedoch immerhin noch einen bessern Kern sein Eigen nennt. Es trägt bei aller Verkommenheit in geistiger und moralischer Beziehung bis heute den Stempel einer edleren Abkunft, einer so zu sagen aristokratischen Gesinnung gegenüber allem Fremden, was eher zu loben, als zu tadeln ist, da, wenn sich irgend ein Einfluß auf das Volk Montenegros geltend machen würde, unbedingt der türkische größer wäre, als der Oesterreichs, was schon aus der geographischen Lage des Landes entspringt, und dies wäre kaum ein Vortheil zu nennen.

Die äußere Erscheinung des Montenegriners ist imponirend. Er trägt sich stolz, und berührt ihn das Fremde, sei es von welcher immer Nation,

zumeist gar nicht, da er von sich das Beste hält, und überhaupt sehr viel Mißtrauen gegen alles Ausländische an den Tag legt. In seinem Verkehre mit dem Dalmatiner zeigt er sich überhebend und anmaßend, und er trachtet sich jeder Gemeinschaft mit dem urwüchsigen Stammesbruder zu entledigen. Es war mir Gelegenheit geboten, den eigenthümlichen Charakter dieses europäischen Tscherken näher kennen zu lernen, und ich fand in demselben nebst einer unleugbaren Roheit eine noch größere Exzentrizität in den politischen und humanen Anschauungen, als bei den Bewohnern Dalmatiens, was mich zu dem Schluß brachte, daß die Resultate der geistigen Kultur und des moralischen Fortschrittprinzipes in den schwarzen Bergen noch weniger Wurzel gefaßt haben, wie in den österreichischen Nachbarländern. Das Volk ist arm. Die unglünstigen Bodenverhältnisse, welche diese Armuth insbesondere hervorrufen, können und würden sich trotz den Anstrengungen von Kulturversuchen niemals besser gestalten, als sie eben sind. Die riesenhafte Ausdehnung ungeheurer Kreideseffen, die spärlichen Dolinen und all die vegetationsarmen Niederungen zwischen den glühenden Felswänden einer

Jahre 1870 unter der Voraussetzung, daß einerseits der Frieden erhalten bleibt und andererseits die Delegation die „gemeinsamen Ausgaben“ in derselben Höhe bewilligt, wie sie verlangt werden.

Die Ziffern des Herrn Dr. Brestel enthalten die dringendste Aufforderung an die Delegation, die äußerste Sparsamkeit walten zu lassen. Das ganze Defizit für dieses noch laufende Jahr berechnet sich scheinbar auf nur drei Millionen Gulden; in der Wirklichkeit aber ist es bedeutend höher, denn in den Einnahmen für dieses Jahr kommen folgende Posten vor, die sich nicht mehr wiederholen werden. Veräußerungen von Staatseigenthum 3,000,000 fl. Einnahmen der Liquidirung der Aktivreste 4,200,000 fl. Ueberschüsse des Jahres 1868 10,000,000 fl.

Somit beläuft sich das wirkliche Defizit mit Hinzurechnung der erstgedachten drei Millionen auf nicht weniger denn 20,242,000 fl.

Nun meinte Herr Dr. Brestel in seinen Auseinandersetzungen fortfahrend, daß, da die Ausgaben im Jahre 1870 kaum geringer sein werden, für 1870 das selbe Defizit wiederkehren müsse. Aber es treten für das kommende Jahr noch weitere Ausgaben ein. Und zwar: Für die Landwehr an laufenden Ausgaben 9 Millionen.

Theilanschaffung von Gewehren und Monturen für die Landwehr 6 Millionen.

Mehrerforderniß für die Subvention von Eisenbahnen  $8\frac{1}{10}$  Millionen.

Mehrerforderniß an Schuldentilgung zur Amortisation des Lotto-Anlehens vom Jahre 1839  $2\frac{1}{10}$  Millionen.

Mehrerforderung des gemeinsamen Ministeriums zu gemeinsamen Auslagen  $3\frac{2}{10}$  Millionen.

Diese Posten geben zirka  $28\frac{1}{10}$  Millionen Defizit für 1870.

Dieses Defizit kann nach Angabe des Finanzministers gedeckt werden: Durch Refundirung der Eisenbahnen mit 5,500,000 fl.; durch die vom 1. Jänner 1870 an fällig werdenden Kaufschillingreste von veräußerten Staatsgütern mit 8,500,000 fl.; durch den Erlös von noch zu veräußernden, bereits durch frühere Gesetze zum Verkaufe bestimmten Staatsgütern von 8,000,000 fl. Zusammen 22 Millionen Gulden, wornach pro 1870 noch 4 Millionen unbedeckt bleiben würden, welche durch Aufnahme einer schwebenden Schuld zu decken wären.

Aus den Ziffern des Finanzministers ergibt sich klar genug, daß wir noch immer ein Defizit von 20 Millionen alljährlich haben, und die Delegationen werden sich, da das Staatsvermögen binnen wenigen Jahren gänzlich veräußert sein wird, entschieden die Frage beantworten müssen, ob dies jährliche Defizit durch Erhöhung der Besteuerung oder Verminderung des Budgets zu tilgen sein wird.

wasserarmen Hochebene werden vermuthlich noch lange Zeit die Agrikultur auf jener niedern Stufe lassen, wie wir sie dermalen finden. Dies jedoch ist der Ruin des Volkes in jeder andern Rücksicht. Die Beschäftigungslosigkeit macht es träge. Es kennt weiters keine Arbeit, als die Jagd und den Kampf, in welchem letzterem es nach übererbten Usitten die abscheulichsten Grausamkeiten begeht, deren ein europäisches Volk fähig. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob die Hälfte der Schuld nicht auch den Türken zur Last fällt.

Der erste flüchtige Besuch dieses Landes führt uns auf zahlreichen Wegen in das innere Getriebe eines der andern ostidentalen Welt vollkommen entrückten Himmelsstriches, in welchem uns die Luft einer geheimnißvollen Usitte unerquicklich entgegenweht und uns in eine Stimmung versetzt, als wandelten wir in den Gehirgen von Tiflis oder auf der Hochebene von Anahuac. Njeguš, die Wiege Montenegro's allein schon ist im Stande, uns jede Illusion für die sozialen Zustände des Landes zu rauben und es mag den Reisenden nicht Wunder nehmen, wenn er in der zweitgrößten Stadt des Landes keine komfortable Unterkunft findet, sondern

## Ungarische Delegation

Die Militärsektion der ungarischen Delegation beschloß, noch bevor sie an die Feststellung der Prinzipienfragen geht, eine Vorberathung über alle Details des Militärbudgets zu pflegen.

Gegenstand der vorgestrichenen Berathung war die Gagenerhöhung für die Offiziere. Nach dem Antrage des Kriegsministers soll der Unterschied zwischen Lieutenant erster Klasse (bisher mit 480 fl. Gehalt) und zweiter Klasse (432 fl.) weggelassen und von nun an jeder Lieutenant 600 fl. erhalten. Genehmigt. Dagegen der Antrag des Kriegsministers, den Gehalt des Hauptmanns zweiter Klasse auf 900 fl. zu erhöhen. Für den Hauptmann erster Klasse sind 1200 fl. beantragt, die Sektion genehmigte jedoch bloß 1080 fl. da die Funktion der Hauptleute beider Klassen ganz die gleichen sind. Ueber die beantragte Erhöhung des Majorgehaltes gelangte man noch zu keinem Resultate. Doch dürfte dieselbe wahrscheinlich gestrichen werden. Die Erhöhung des Oberstengehaltes hat gar keine Aussicht, angenommen zu werden.

Die Arbeiten der verschiedenen Subkomitees der ungarischen Delegation sind wohl lange noch nicht so weit vorgeschritten, um auch nur annäherungsweise eine präzise Angabe über die Ziffer des Abstriches machen zu können. Indes erzählt man in betreffenden Kreisen, die ungarische Delegation habe die Absicht, das gemeinsame Budget um wenigstens acht Millionen herabzumindern.

## Die Verhandlungen des Eisenbahnkongresses

wurden vorgestern Vormittags um 9. Uhr im großen Saale des Akademiegebäudes in Wien eröffnet und dauerten bis 2 Uhr. Als Vorsitzender fungirte der preussische geheime Rath Journier, der zunächst den Handelsminister Plener vorstellte und diesem das Wort erteilte. Minister Plener hieß die Versammlung Namens der Regierung willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß die Mitglieder bei uns auf dem Gebiete des Kommunikationswesens seit dem Salzburger Kongresse kein Zurückbleiben, sondern bedeutenden Fortschritt wahrgenommen haben werden. Der Minister versicherte, daß die Regierung den Berathungen des Kongresses mit Aufmerksamkeit folgen und mit wahren Vergnügen in gefällige Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Vereines treten werde.

Präsident Journier erwiderte mit einigen Worten und eröffnete dann die Versammlung. Der erste Gegenstand derselben war die Kenntnisaufnahme des Verwaltungsberichtes. Darauf folgte die Besprechung über die 25jährige Jubelfeier des Vereines, die nach kurzer Debatte auf den 10. November 1871 anberaumt wurde. Endlich wurden noch etliche Punkte der Tagesordnung, über das Regulativ, betreffend die gegenseitige Wagenbenützung und die Entscheidung von Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, mit großer Gründlichkeit und Sachkenntniß verhandelt.

nothdürftig untergebracht, oft nur auf die Gastfreundschaft seiner einheimischen Zimmergesellschaft angewiesen ist. Njeguš liegt an der Grenze und wir finden gleich am Thore zu diesem politischen Hölirschimmel die Dürftigkeit und erbarmungswürdige Usitte in Lebensweise und Familienzuständen. Der Mann dieses wilden Bergvolkes ist auch gleichzeitig der unumschränkte Herr der Familie, zu welcher alles gerechnet wird, was lebendiges Eigenthum des Familienvaters ist, obenan das Weib. Es ist erniedrigend für die ganze Menschheit, eine Schwach für das zarte Geschlecht, das Eheweib gleich dem Thiere des Feldes behandelt zu sehen. In der Türkei, dem Lande der asiatischen Barbarei und des despotischen Bastonabenthums, genießt die Frau kein Recht auf öffentliche und gemeinnützige Interessen, aber ihre Lage ist trotz der Abgeschlossenheit von der übrigen Welt noch eine beneidenswürdige zu nennen, sieht man die Kasthierbeschäftigung einer Tschernagorin, eines der Mitglieder jenes großen slavischen Universalreiches, das sich heutzutage so sehr bemüht, den Weltton anzugeben.

A. v. Schö.—

Auffallend ist es, daß sich an den Berathungen, mit Ausnahme eines Repräsentanten der Karl Ludwigbahn, kein einziger Vertreter von österreichischen Bahnverwaltungen betheiligte. Wir mögen nicht glauben, daß etwa Mangel an Sachkenntniß hieran Schuld trage!

## Politische Rundschau.

Saibach, 21. Juli.

Aus Linz wird der „Deb.“ telegrafirt: Bischof Rudiger, von der ursprünglich beabsichtigt gewesenem Ablehnung des allerhöchsten Gnadenaktes zurückgekommen, hat beim hiesigen Landesgerichte eine Nichtigkeitsbeschwerde überreicht, welche im allgemeinen die Kompetenz des Gerichtes bestreitet und speziell besonders den Umstand als Formfehler zur Geltung zu bringen sucht, daß von Seite des Gerichtes den Geschwornen nur derart stilisirte Fragen vorgelegt wurden, welche sie nothwendigerweise nicht anders als mit „Ja“ beantworten konnten. Die Bestreitung der Kompetenz und gleichzeitig die Geltungmachung eines Formfehlers lassen sich schlecht in Einklang bringen. Der Ex-ossio-Verteidiger mag den Formfehler zur Geltung gebracht haben, der Bischof gewiß nicht.

Der Korrespondent der „Pall-mall Gazette“ in Rom schreibt unter anderm: „Kardinal Rauscher ist hier eingetroffen, um einen vollständigen Bruch mit Oesterreich zu verhindern und wo möglich eine Revision des Konkordates zu veranlassen.“

Das czechische Landtagswahlkomitee, welches die einheitliche Leitung der Ergänzungswahlen für den böhmischen Landtag in die Hand nehmen soll, hat sich konstituirte. Es sind alle nationalen Parteien in demselben vertreten.

Bei dem am 18. bei Chogen abgehaltenen Meeting waren nach Angabe der czechischen Blätter gegen 25,000 Personen anwesend. Zwei Redner wurden vom Bezirkshauptmanne wegen ungeleglicher Ausdrucksweise unterbrochen.

In Brunn herrscht, wie offiziell konstatiert, Ruhe. Aus der Untersuchung, die über die ganzen Vorfälle eingeleitet wurde, ist bis jetzt wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Der „N. Fr. Lloyd“ behauptet, hinter den Unruhen stecken russische Agenten. „Diese haben es jedoch für gerathen gehalten, mit dem Augenblicke, als die Tumulte begannen, das Weite zu suchen. Die Regierung hat Beweise dafür in Händen, daß das Petarden-Attentat in Prag, wie die jüngsten Vorfälle in Brunn — denen ein innerer Zusammenhang nicht abzuspüren ist — mit russischem Gelde und durch russische Abgesandte geleitet wurden. Graf Beust soll denn auch für die nächsten Tage die Absendung einer Note an unseren Gesandten in St. Petersburg beabsichtigen, um ihn zu einer ernstlichen Beschwerde bei dem russischen Kabinete zu bevollmächtigen.“ Diese Nachricht wird mit Vorsicht aufzunehmen sein, ebenso wie die Meldung der „Presse“, daß die Tumultuanten Geld, und zwar 30 bis 40 Kreuzer, per Kopf bekommen hätten.

Der neue französische Ministerrath ist am 18. zusammengetreten. Man versichert, er habe beschlossen, den gesetzgebenden Körper erst im Oktober wieder einzuberufen.

Die Ereignisse in Frankreich verfolgt man in Berlin mit großer, mit einiger Unruhe gemischter Spannung, da mancherlei Symptome es für möglich halten lassen, daß der Kaiser Napoleon in einer aktiven Politik nach Außen die Befestigung seines ins Schwanken gerathenen Thrones suchen könnte. Ueberdies, schreibt ein Berliner Korrespondent der „A. A. Ztg.“ hat die nationale Entwicklung Deutschlands mit Herrn Rouher einen aufrichtigen und berebten Verteidiger im Rathe des Kaisers verloren.

In Spanien hat sich nun das Ministerium konstituirte; der Ministerpräsident Prim gab den Vertretern der monarchischen wie der republikanischen Presse ein glänzendes Bankett, bei welchem er die Mittheilung machte, daß die preussische Regierung als die erste unter den europäischen Mächten den

Regenten anerkannt habe. Alle liberalen Madrider Blätter loben das Vorgehen Preußens, das auch seinerzeit unter den ersten die provisorische Regierung anerkannt hatte. Die Kortes wurden bis 1. Oktober vertagt.

## Zur Tagesgeschichte.

Die Erzherzoge Rainer und Karl Ludwig sind, wie aus London gemeldet wird, von dort nach dem Seebade Torquay in Devonshire abgereist.

Ein Zwischenfall höchst interessanter Art, der sowohl die Botanten des Gerichtshofes, wie die Anklage und Vertheidigung in arge Verlegenheit setzte, trat plötzlich im Preßprozeß Schiff kontra Scharf ein. In den ersten Vormittagsstunden des siebenten Verhandlungstages erhielt nämlich der Präsident des Landesgerichtes in Straßachen Ritter von Boschan die Meldung, daß der mit dem Vorstiz beauftragte Präsident Ritter v. Schwarz plötzlich erkrankt und für heute außer Stande sei, die Verhandlung fortzusetzen. Das ärztliche Parere über das Befinden des Schwurgerichtspräsidenten lautet dahin, daß er „erschöpft“ und derart angegriffen sei, daß er sich für mehrere Tage Ruhe gönnen müsse. Die Verhandlung wurde daher vertagt.

In Linz wurde der Geschworne Franz Schopper wegen Ausbleibens von der Schwurgerichtsverhandlung am 12. Juli zu 50 fl. Strafe verurtheilt, weil er keinen gültigen Entschuldigungsgrund angegeben habe. Schopper hatte am 5. Juli in einer eigenen Eingabe an das l. l. Landesgericht als Grund angegeben, warum er für diesmal sein Mandat als Geschworne niederlege, daß er nicht wage, über seinen eigenen Bischof und dessen Hirten schreiben vor Gericht ein Urtheil abzugeben. Franz Schopper hatte auf dieses Einschreiten auch einen Bescheid vom l. l. Landesgerichte erhalten, welcher obigen Grund des Ausbleibens nicht als zulässig erkennt, und ihn als Geschwornen für nicht berufen erklärt, über die Frage der Zuständigkeit des Gerichtes sich auszusprechen. Da er dennoch nicht erschien, wurde die oben erwähnte Strafe über ihn verhängt.

Aus Böhmen sendet der „Presse“ ein Abonnent eine Fotografie ein, die in Prag angefertigt und im Verlage des Neu-Palax Solol erschienen ist. Sie stellt nichts geringeres dar, als den „Ueberfall bei Groß-Borowitz.“ Wenig Lesern dürfte im Gedächtnis sein, daß an diesen Namen für die Czechen des Jahres 1869 die Erinnerung an eine der glorreichsten Lügen sich knüpft, welche je zu Ruh und Frommen der „Nationalen“ von ihren Organen erfunden wurden. In Groß-Borowitz — merke es, funden wurden. In Groß-Borowitz — merke es, wurden einige Czechen von einigen Deutschen geprügelt; der Anlaß der kleinen Kauferei ist noch nicht recht aufgeklärt, doch waren die czechischen Organe wüthend darüber, daß das Privilegium, bei Czessen das Prävenire zu spielen, ihren Landsleuten genommen werden sollte, und bald erschienen rührende Beschreibungen der bedeutungslosen Kauferei unter dem pompösen Titel „Ueberfall von Czechen durch Deutsche.“ Jetzt ist auch die Fotografie dazu erschienen, leider ist aus dem Kunstwerke nicht zu erkennen, wer eigentlich Schläge bekommt, und es fehlt zu dem Mordthatbilde die übliche Wankelgänger-Ballade. Durch die Unterschrift: „Ueberfall bei Groß-Borowitz“ soll bloß gezeigt werden, wie die „zatraceni nemci“ blutig vorzugehen pflegten. Das Bild wird stark unter der czechischen Bevölkerung verbreitet. Merkwürdig! von den zahllosen Czessen der Czechen in allen Theilen des Landes und in dessen Hauptstadt ist noch keine einzige Fotografie erschienen; wahrscheinlich reichen alle Aeltern nicht aus, um die nationalen Heldenthaten würdig zu vereinen. . . . Daß übrigens mit fotografischen Publikationen, wie die Eingangs gedachte, nur eine systematische Verheerung der niederen Klasse beabsichtigt wird, liegt klar auf der Hand. Die Lügen, welche bisher gedruckt wurden, scheinen den Herren Czechen noch nicht wirksam genug, jetzt fotografirt man auch welche. Erbärmliche Apatations-Wirtschaft, welche die Sonne um ein paar Strahlen betrügt, um eine tolle Lüge in die Welt zu setzen.

## Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Original-Korrespondenz.

Radmannsdorf, 15. Juli. (Gegen die Verlegung des Gerichtssitzes von Radmannsdorf nach Beldes.) Im Jahre 1867 gaben die Repräsentanten jener Gemeinden, welche bis 1830 den selbständigen Bezirk Beldes gebildet haben, in einer an das Justizministerium gerichteten und von dem krainischen Landesauschusse unterstützten Petition dem Wunsche Ausdruck, daß das Bezirksgericht Radmannsdorf nach Beldes versetzt werde. Diese Kundgebung rief im Anfange des verfloffenen Jahres eine mit 1193 Unterschriften versehene Gegenvorstellung der Gerichtsholden des Radmannsdorfer Bezirkes hervor, und es ist die Hoffnung vorhanden, daß die obersten Centralstellen in parteiloser Würdigung der Verhältnisse den status quo aufrecht erhalten werden.

Daß es Korrespondenten gibt, welche für die Verlegung der Gerichtsstelle nach Beldes schwärmen, kann durchaus nicht befremden, wenn aber ein Korrespondent die Absicht durchblicken läßt, die öffentliche Meinung in ein falsches Fahrwasser zu lenken, dann ist ein Vorstoß notwendig. Diese Aufgabe versuchen wir zu lösen, indem wir die in Nr. 117 der „Lai-bacher Zeitung“ veröffentlichte Korrespondenz aus Beldes vom 22. Mai d. J., worin die Verlegung des Bezirksgerichtes von Radmannsdorf nach Beldes befürwortet wird, bekämpfen.

Da es jedermann einleuchtend ist, daß die Platzierung der politischen, der gerichtlichen und der Finanzbehörden an dem gleichen Orte im Vortheile der Landesbevölkerung und des Staatsdienstes liegt, so dürfte der Beldeser Korrespondent in seinem Kreuzzuge gegen die Konzentration der Landämter wenige Partisanen finden. Sollte sich jemals die Regierung geneigt zeigen, die dormalen in Radmannsdorf befindlichen Behörden nach Beldes zu verlegen, so werden sich sicherlich der Korrespondent und die von ihm vertretenen Hausbesitzer als Konvertiten für unseren Glaubenssatz entpuppen und ausrufen: „Je mehr Ämter in Beldes, desto besser.“

Wenn in Erwägung gezogen wird, daß die 10.600 Bewohner des vormaligen Gerichtsprengels Radmannsdorf in geschlossenen Ortschaften dicht zusammengedrängt leben, daß diesen Bezirk die Landstraße nach Villach und mehrere Bezirksstraßen durchziehen, daß in nicht ferner Zeit die bevölkersten Ortschaften eine Eisenbahn verbinden wird, daß diese Faktoren die Gewerbs-, Industrie- und Handelsverhältnisse unlegbar begünstigen und ein vermehrtes Rechtsleben zur Folge haben, so können wir der Ansicht des Herrn Korrespondenten nicht beipflichten, daß die Bevölkerung des Thales von Beldes und der Wochein mit 9700 Seelen, die nur auf einem Fahrwege, — d. i. auf der in der Wochein den Abschluß findenden Bezirksstraße — verkehren kann, die Gerichtsstelle mehr beschäftigt, als der übrige Theil des Gerichtsprengels Radmannsdorf.

Die große Ausdehnung des vormaligen Bezirkes Beldes kann nicht maßgebend sein, da drei Viertel der Bodenfläche mit Hochalpen, Wäldern und Felsgebirgen bedeckt sind, wo der Senner, Holznacht und Gamsjäger, nicht aber der Justizbeamte vorwiegend beschäftigt ist.

Daß die Ortsgemeinde Bresnitz die Verlegung des Gerichtssitzes nach Beldes nicht wünscht, ist dadurch nachgewiesen, daß 188 Grundbesitzer den Eingang erwähnten Protest an das Justizministerium mitgeteilt haben. Um das Zeugniß, daß der Beldeser Bezirk der Strafgerichtspflege das größere Maß an Arbeitsstoff liefert, beneiden wir die beteiligten Gemeinden nicht.

Daß die Ortschaften des Wocheiner Thales bis Radmannsdorf 3—7 Wegestunden zählen, und daß beim Hin- und Rückwege 3 Stunden erspart werden können, wenn diese Gerichtsholden nur bis Beldes statt nach Radmannsdorf gehen müßten, ist richtig; dem ungeachtet klingt es sonderbar, daß wegen der Bequemlichkeit von 450 Bewohnern der Wochein für 10.700 Gerichtsholden das Bezirksgericht um 3 Wegestunden weiter verlegt werden soll.

In Radmannsdorf war bisher niemals ein Wohnungsmangel für Beamtenfamilien mit bescheidenen Ansprüchen fühlbar. Nicht befremden kann es jedoch, wenn einzelne Hauseigentümer auf das Verlangen der Miethpartei, daß für den Jahreszins von 40 bis 100 fl. kostspielige Adaptirungen vorgenommen werden, mit einem „non possumus“ sich entschuldigen haben.

Da in den Häusern der Unterstadt, welche wegen der Eisenbahntrasse demolirt werden müssen, noch niemals ein Beamte gewohnt hat, und die zu zahlende Entschädigung zum Baue neuer Häuser verwendet werden wird, so ist auch in dieser Richtung der Schmerzensschrei wegen Mangel an Beamtenwohnungen nicht gerechtfertigt. Die während der Bauperiode der Eisenbahn bestehende Ueberfüllung der Quartiere in Radmannsdorf kann im vorliegenden Falle — als vorübergehend — nicht maßgebend sein.

Beldes hat seine verbürgte Zukunft als Badeort und Sommeraufenthalt für Fremde. Eine Vermehrung der ständigen Miethparteien durch die fragliche Amtsverlegung würde die in Beldes während der Sommermonate sprichwörtlich gewordene Wohnungs-Kalamität bis zur Unerträglichkeit steigern, und sicherlich zu keinem Aufschwunge der Frequenz führen.

Schließlich wolle der Herr Korrespondent in Beldes uns die öffentlichen Funktionen, welche Beldes schon dormalen beehren, nahmsacht machen, da uns keine derartige Persönlichkeit bisher bekannt ist, und wir nicht glauben können, daß unter dieser Bezeichnung der dortige Postexpeditor oder allenfalls ein Winkelschreiber gemeint ist.

### Total-Chronik.

(Im Institute Waldherr) finden die öffentlichen Prüfungen für die erste und zweite Klasse am 23. d. M. Vormittag, für die dritte Klasse am 23. Nachmittag, endlich für die vierte Klasse am 24. Vor- und Nachmittag statt.

(Räuberischer Ueberfall.) Der 69 Jahre alte Wirthspächter Martin Stabinsel zu Seedorf wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. d. M. zwischen 11 und 12 Uhr von mehreren unbekanntem Männern, welche durch das Fenster in die Wohnstube eingebrochen sind, räuberisch überfallen und mittelst eines schneidenden Instrumentes an der linken Achsel und Brustgegend, dann an den Fingern der linken Hand bei der Gegenwehr schwer verletzt. Die Untersuchung hierüber ist im Zuge.

(Zur Forstdevastation) bringt die „Tr. Ztg.“ einen Nothschrei aus Innerkrain, dem Karst und Istrien. Hierbei faßt dieselbe besonders die Folgen der Vertheilung der Gemeindewälder, rücksichtlich die Ablösung der Einforstungservituten ins Auge. In dieser Beziehung wird gesagt: Bekanntlich sind die in den Görzer Ararialwäldern, den Adrianer Montanwäldern, den fürstl. Windischgrätz'schen, den fürstl. Schönburg'schen, den fürstl. Porzia'schen, den gräflich Lantieri'schen Privatwäldern und endlich die in den Adelsberger Kameralwäldern eingeforstet Gewesenen beinahe durchwegs schon abgelöst, Was ist nun die Folge davon? Die willkürlichste, gesegwidrigste, vernichtendste Entwaldung der den einzelnen Gemeinden abgetretenen, und an dieselben vertheilten Waldtheile. Als exemplarische Devastations-Wirtschaften sind uns bekannt die in den Bezirken Wippach, Senofetsch, Adelsberg, Voitsch, Planina gelegenen Wälder; dies bezeugen hinlänglich die hin und wieder auffindbaren Spuren ehemals bestandener, jetzt zusammengegangener Wälder und der gegenwärtige Holzplatz in Trieste, welcher mit kurzer Waare überfüllt ist. Von langer Waare wollen wir gar nicht reden, denn Veler's Zeiten sind vorbei und Private lassen sich davon nur noch träumen. Die Nichthandhabung des Forstgesetzes, die Armut, schlechte Ernten, Geldmangel, und die fürs Land Krain zu hoch bemessenen Steuern sind die nächsten Motive. Die Frage, ob diesen nie rastenden, von den unberechenbarsten Folgen begleiteten Uebelständen abgeholfen werden könnte, beantworten wir mit einem entschiedenen Ja. Die Mittel dazu wären: Einstellung der Vertheilung der Gemeindewälder, wenn möglich die

